

**Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 10.05.2007**

Vorlage Nr. 07-F-25-0051

***Klimaschutz erreicht man nur durch Taten!***  
**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 02.05.2007 -**

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist seit 1995 Mitglied des Klima-Bündnis. Dadurch hat sie sich verpflichtet, durch geeignete Informationen, Angebote und Entscheidungen erhebliche Reduktionen im CO<sub>2</sub> Ausstoß zu vollziehen.

Der Klimaschutzbericht 2005 zeigt, dass die bisher erzielten Senkungen bescheiden sind. Seit 2001 ist die CO<sub>2</sub>-Emission im Mittel um 1,3 % jährlich zurückgegangen. Um aber den Verpflichtungen aus dem Klima-Bündnis nachzukommen, hätte die CO<sub>2</sub>-Emission um mehr als 2 % gesenkt werden müssen.

Die STVV möge beschließen.

1. Die LHW setzt sich dafür ein, dass durch Energiesparen, Energieeffizienz und über den Einsatz erneuerbaren Energien ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

2. Die Stadt verpflichtet sich, bis zum Jahr 2020 den Gesamtenergieverbrauch um 20 % bezogen auf das Jahr 1990 zu reduzieren. Überdies ist es unser Ziel, den Anteil an Erneuerbaren Energien an der verbrauchten Energie (Primärenergie) auf 20% zu erhöhen. Bausteine dazu sind:

- a) Energieeffizienz und Einsparungen bei Gebäudeneubau und -sanierung
- b) Energiemanagement für alle kommunalen und von der Kommune genutzten Gebäude
- c) Umstellen des kommunalen Energiebezugs auf erneuerbare Energien
- d) umweltfreundliche Mobilität  
Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen nach Klimaschutz Gesichtspunkten
- e) Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in die Klimaschutzmaßnahmen, -projekte und -kampagnen

3. Zur Umsetzung der verbindlichen Ziele wird die Gründung einer Gesellschaft vorgeschlagen, die den Geschäftszweck hat, die verschiedensten Möglichkeiten erneuerbare Energien anzustoßen, zu unterstützen und zu finanzieren.

Sie soll selbst Projekte entwickeln, aber auch über Fondstrukturen Beteiligungen Privater ermöglichen.

Eine Beteiligung der ESWE Versorgungs AG wird ausdrücklich begrüßt und gewünscht. Sie wird um eine entsprechende Beschlussfassung im Aufsichtsrat gebeten.

4. Der Magistrat wird gebeten die Mitgliedschaft LHW im Klima-Bündnis aktiv wahrzunehmen.

### **Änderungsantrag SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.05.2007**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Antrag wird unter Punkt 2 ein Absatz 2.1 angefügt:

2.1. Der Magistrat möge berichten, welche Maßnahmen er bisher umgesetzt hat, um die in Punkt 2 skizzierten Ziele sowie in den Unterpunkten a) - f) geschilderten Vorhaben praktisch zu verwirklichen.

---

### **Beschluss Nr. 0214**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 02.05.2007 betr.

Klimaschutz erreicht man nur durch Taten!

wird in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Stadtverordnetenfraktion angenommen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist seit 1995 Mitglied des Klima-Bündnis. Dadurch hat sie sich verpflichtet, durch geeignete Informationen, Angebote und Entscheidungen erhebliche Reduktionen im CO<sub>2</sub> Ausstoß zu vollziehen.

Der Klimaschutzbericht 2005 zeigt, dass die bisher erzielten Senkungen bescheiden sind. Seit 2001 ist die CO<sub>2</sub>-Emission im Mittel um 1,3 % jährlich zurückgegangen. Um aber den Verpflichtungen aus dem Klima-Bündnis nachzukommen, hätte die CO<sub>2</sub>-Emission um mehr als 2 % gesenkt werden müssen.

Die STVV möge beschließen.

1. Die LHW setzt sich dafür ein, dass durch Energiesparen, Energieeffizienz und über den Einsatz erneuerbaren Energien ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

2. Die Stadt verpflichtet sich, bis zum Jahr 2020 den Gesamtenergieverbrauch um 20 % bezogen auf das Jahr 1990 zu reduzieren. Überdies ist es unser Ziel, den Anteil an Erneuerbaren Energien an der verbrauchten Energie (Primärenergie) auf 20% zu erhöhen. Bausteine dazu sind:

- a) Energieeffizienz und Einsparungen bei Gebäudeneubau und -sanierung
- b) Energiemanagement für alle kommunalen und von der Kommune genutzten Gebäude
- c) Umstellen des kommunalen Energiebezugs auf erneuerbare Energien
- d) umweltfreundliche Mobilität
- e) Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen nach Klimaschutzgesichtspunkten
- f) Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in die Klimaschutzmaßnahmen, -projekte und -kampagnen

2.1. Der Magistrat möge berichten, welche Maßnahmen er bisher umgesetzt hat, um die in Punkt 2 skizzierten Ziele sowie in den Unterpunkten a) - f) geschilderten Vorhaben praktisch zu verwirklichen.

3. Zur Umsetzung der verbindlichen Ziele wird die Gründung einer Gesellschaft vorgeschlagen, die den Geschäftszweck hat, die verschiedensten Möglichkeiten erneuerbare Energien anzustoßen, zu unterstützen und zu finanzieren.

Sie soll selbst Projekte entwickeln, aber auch über Fondstrukturen Beteiligungen Privater ermöglichen.

Eine Beteiligung der ESWE Versorgungs AG wird ausdrücklich begrüßt und gewünscht. Sie wird um eine entsprechende Beschlussfassung im Aufsichtsrat gebeten.

4. Der Magistrat wird gebeten die Mitgliedschaft LHW im Klima-Bündnis aktiv wahrzunehmen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2007

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-  
management aufgenommen.**

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .05.2007

1. Dezernat VIII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:  
Dezernat I mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl  
Oberbürgermeister